

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Schenk) für die Schriftleitung verantwortlich D. Syrom in Neuenbürg.

Nr. 199.

Donnerstag, den 27. August 1925.

83. Jahrgang.

Bezugspreis:

Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post ins Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonst. ins Verh. 90 G. - B. m. Postbestellg. Preise für alle übrigen Bezugsstellen nach Vereinbarung. Preis einer Nummer 10 Goldpf.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Ersetzung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Ausstatterinnen jederzeit entgegen.

Verlag: Nr. 24, C. Nech'sche Buchdruckerei, Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bezirk N. außerh. 25 Goldpf. - Rekl. - Zeile 80 Goldpf. m. 3% Steuer. Kollekt. - Anzeigen 100%. Zust. - Offerte und Aufnahm. - erteilung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Verordnungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Deutschland.

München, 26. Aug. Reichspräsident von Hindenburg wird am nächsten Freitag als Gast im Hause Ludendorffs weihen. Es wird nur eine kleine Anzahl von Gästen geladen sein, vor allem wahrscheinlich alte Militärs, die unter Hindenburg und Ludendorff an der Front gekämpft haben. Es eine Zusammenkunft zwischen Hindenburg und Kronprinz Rupprecht erfolgen wird, steht noch nicht fest. Die Zusammenkunft könnte bei der Fahrt Hindenburgs an den Königsee erfolgen.

Berlin, 26. Aug. Die demokratischen und sozialdemokratischen Blätter greifen das Zentrum heftig an und ermahnen es, die Abgabe Württs als den Ausdruck der Bekämpfung der Mehrheit der Zentrumswähler zu bewerten und sich von der Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien wieder loszusagen. Besonders in Baden, dem Heimatlände Württs und Hohenzollern, habe die Zentrumswählerheit hinter Württs und nicht hinter Brüning, der nur das ausführende Organ härterer Flüchtlings hinter den Kulissen sei.

Katholikentag.

Stuttgart, 26. Aug. Der heutige letzte Tag der 64. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begann mit einem Pontifikalmessen in der Oberkirche, dem sich verschiedene Sonderveranstaltungen anschlossen, darunter die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland und die Tagung des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen. Bei der letzteren fand die traurige Lage der 300 000 katholischen Deutschen in Polen eine eingehende Behandlung. Diese Deutschen haben hauptsächlich unter dem polnischen Klerus und Episkopat zu leiden. Die dritte geistliche Versammlung um 1/2 12 Uhr vormittags war wieder sehr stark besucht und der katholischen Presse gewidmet. Der Jubelstich und der ehemalige österreichische Bundeskanzler, Erzherzog Seipel, wurden dabei mit rauschendem Beifall begrüßt. In das Zentralkomitee wurden für die nächsten fünf Jahre neu hineingewählt die Vorsitzende des katholischen Frauenbundes, Frau Maria Schmidt, Generalvikar des Bistums Köln, Verlagsleiter Treiber-Stuttgart, Baron von Cromer-Allet. An der Spitze des Komitees steht nach wie vor Fürst zu Löwenstein, der ermächtigt wurde, mit den Städten Breslau und Dortmund wegen Abhaltung der nächsten Generalversammlung zu verhandeln. Sodann hielt Verlagsleiter Treiber, mit lebhaftem Beifall begrüßt, einen Vortrag über das Thema „Rehr Sorge für die katholische Presse“. Es gebe kein stärkeres Sprachrohr zur Mitarbeit und keine umfassendere Chronik für die Welt als die Presse. Der Redner wandte sich gegen die Behauptung vom Tiefstand der katholischen Presse. Wo die Katholiken die Mehrheit hätten, da habe ihnen auch die beste und stärkste, weil verbreitetste Presse zur Verfügung. Im Streit um die katholischen Interessen sei nicht die geringste Macht ein gut katholische Presse. Die deutsche katholische Presse erfülle ihre Pflicht im allgemeinen recht gut, müsse aber noch härter und besser werden. Der Redner behandelte zum Schluß Fragen der Propaganda und des inneren Ausbaus der katholischen Presse und erzielte für seine Ausführungen großen Beifall. Nachmittags vier Uhr fanden dann in der Wiederholung und in der Halle die dritten öffentlichen Versammlungen statt, die wiederum außerordentlich stark besucht waren. In ihnen sprach Kaplan Hahsel-Berlin über die dritte Vollkommenheit. Das der Mensch erreicht als ein Spiegelbild der großen Welt, das ist seine erste Vollkommenheit. Das er tätig ist nach allen Seiten hin, blickt, chemisch, sich ermahnt, wachend, sich vernehmend, lebend, hörend, denkend, wachend, schaffend, ein Werk sämtlicher Weltkräfte im Kleinen, das ist seine zweite Vollkommenheit. Das aber in ihm das Rechte, dem Höheren dient ohne Zerkünderung, zwar mit Kraft, aber friedlich zu seiner höchsten Vollendung des geistigen Zusammenwirkens, und das er, hinstellt in diese Welt, angewiesen auf ihre Kräfte, von unten und von oben her, auch das rechte Gleichgewicht behält, das ist seine dritte Vollkommenheit. Ihre Beobachtung und Pflege bedingt in ihm die wahre Gesundheit, Kraft und Schönheit des Körpers, die wahre Zivilisation und Religion. Die Verhöhnung der dritten Vollkommenheit ist die große Sünde unserer Zeit. Da ist sich die natürliche Ordnung von der übernatürlichen. Die Moral, losgelöst von Natur und Logik, zerfällt in zusammenhanglose Willenshandlungen und es beginnt der Kampf der Geschlechter, der Stände und Staaten widereinander. Da ist der Katholik mit seinem Glauben an Gott die gegebene Stellung der Zeit, die tiefste Quelle der Liebe für die Herrlichkeit unserer Kultur, Zivilisation und Religion, er ist bemüht, das Testament seines Erblases durch Tat und Wort zu offenbaren, um die Harmonie zu bewahren und die Kultur des 19. Jahrhunderts vor dem Untergang zu schützen. Einen weiteren Vortrag hielt Bischof Dr. Kreis-Freiburg über das Thema „Das Auslandsdeutschtum, unsere brennende Sorge“. Die Ohnmacht der Heimat gab dem Hebräer des Sieges Veranlassung, gegen den gewaltigen deutschen Volksblock der europäischen Mitte im Vertrag von Versailles einen Stoß zu führen, der alle Grenzen und Außenwerke des Deutschen zertrümmern sollte. Man schritt 20 Millionen Deutschsprechende vom Mutterland ab. Die Sorge um sie ist eine unserer brennendsten Aufgaben. Diese Katholiken sind in Gefahr, deutsche Art, Sitten und Gebräuche zu verlieren, aber auch in ihrer angeerbten Religion beeinträchtigt zu werden. Wir müssen helfen, daß der Religionsunterricht für sie in der Mutterprovinz gehalten wird, wofür uns das kanonische Recht eine internationale Grundlage gibt. Wir müssen helfen, Kirchen und Schulen zu bauen, wir müssen Priester und Laien entsenden, die die lebendige geistige Brücke schlagen zwischen der Heimat und den Auslandsdeutschen. Infallmischer Weverle-Stuttgart sprach über Gerechtigkeit und Liebe, die Vorbedingungen des sozialen Friedens. Er erörterte die Probleme der sozialen

Frage und der sozialen Gerechtigkeit. Den rechten Weg zeigt uns weder der wirtschaftliche Liberalismus, noch der Kommunismus, noch der Sozialismus. Liberalismus und Sozialismus kommen von einem verhängnisvollen Irrweg her, nämlich aus der Abjurgation von Gott. Der Kommunismus würde Land und Leute in das dämliche Chaos stürzen. Friede und wahre Wohlfahrt kann nur gedeihen, wo die gottgewollte Lebensordnung besteht, wo die Einheit hergestellt ist zwischen Gott und den Menschen in allen ihren Lebensbetätigungen. Nur Christus weist uns den Weg durch Gerechtigkeit und Liebe. Sie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens angewandt, bringen die Lebensordnung, bei der allen Volksgenossen der zur Erhaltung ihres Daseins notwendige Anteil an den Gütern des Lebens gewährt und ihnen auch die gebotene Pflege ihrer Menschenwürde und ihrer Seele zuteil wird. Unsere Zeit muß wieder die Gebote der Gerechtigkeit und Nächstenliebe als Gottesgebote und Gewissenspflicht anerkennen und sie als solche in der Tat üben. Die Katholiken wollen Schlichter an Schlichter mit den anderen Volksgenossen, die Gleiches erstreben, arbeiten und kämpfen, wir wollen ein Beispiel geben vom Opfermut und Verzichtlichkeit, von Hilfsbereitschaft und Gemeinschaftstreue, das aufmerksamer und sammelnd auch auf andere wirkt. Als letzter Redner erzielte der ehemalige österreichische Bundeskanzler, Bischof Dr. Seipel, das Wort zu einem Vortrag über katholische Liebe und Völkerverständnis. Er wies zunächst auf die fast vergessene Tatsache hin, daß die früheren deutschen Katholikentagungen öfters auf österreichischem Boden stattgefunden haben. Selbst im Jahre 1897, ein Jahr nach dem Kriege, in dem sich Deutsche und Österreicher befehdet haben, fand in Venedig eine Deutsche Katholikentagung statt. Der Krieg sei eben damals kein Krieg der Völker, sondern nur der Staaten gewesen. Die Grenzen, die im Jahre 1896 gezogen wurden, seien niemals in das Bewußtsein der deutschen Nation übergegangen (Seipel). Zu den Fragen der Gegenwart übergehend, erklärte Seipel, daß man die mit den ehemaligen kriegführenden Mächten unterzeichneten Verträge nicht als Friedensverträge bezeichnen könne, sie hießen auch offiziell nicht Friedensverträge, sondern Staatsvertrag von Versailles und Staatsvertrag von St. Germain. Seipel warf dann die Frage auf, ob der katholischen Kirche der Vorwurf gemacht werden könnte, die früheren pazifistischen Bewegungen nicht genügend unterstützt und den Krieg verhindert zu haben. Man könne der katholischen Kirche aber auch in dieser Hinsicht einen Vorwurf machen, daß sie in der Offenbarung kein Wort für das Verbot eines Krieges befände, das solche aber nicht aus, daß die katholische Kirche in der Zukunft das ganze Gewicht ihrer Macht in den Dienst der Sicherung des Weltfriedens, wenn auch nicht im Sinn des weltläufigen Pazifismus, lege. An diesem Vorgehen dürften sich die Katholiken auch nicht durch die Befürchtungen beirren lassen, was wohl die anderen Parteien dazu sagen und ob sie die Katholiken deshalb für national halten. So schwach sei die katholische Kirche nicht, daß Misanthrop irgend einer Partei oder einer Gruppe von Parteien sie um ihren Einfluß bringen können. Die große Aufgabe der Sicherung des Weltfriedens könne aber nur erreicht werden, wenn man sich auf der anderen Seite auch der Herstellung des sozialen und wirtschaftlichen Friedens innerhalb der Nation widme. Dazu sei notwendig ein Ausgleich der Klassen und im politischen Kampf die Einbeziehung einer mittleren Linie. Baron von Cromer-Allet sprach sodann das Schlußwort, dankte der göttlichen Vorsehung, den Bischöfen, den Rednern und den Veranstalter der Tagung, insbesondere auch dem Staatspreisdamen Seipel. Glücklich ein Land, das einen solchen Geist an seiner Spitze habe. Dank auch der Stadt Stuttgart und dem Jubelstich vor allem dem Leitenden dieses Katholikentages, der eine Deduktion des katholischen Lebens war. Bischof von Speyer sprach seinerseits Dankesworte an Gott und an den Präsidenten. Die Gedanken müssen jetzt zur Tat werden. Auf zum Kampf gegen Anarchie und Anarchie, Mikobolismus, Narkotik, Menschentum am Anbiederndem, zum Kampf gegen die Auflockerung der Schule, für gesunde und vernünftige Jugenderziehung, für die Disziplin, für die Mission, für Volk und Vaterland. Sodann dankte der Bischof den Segen und sprach mit tiefer Rührung unter Gerissenheit der Versammlung: Wenn Sie dereinst in der Zeitung lesen, der Bischof von Rottenburg sei gestorben, so vergessen Sie ihn nicht das Requiem absterben. Runderherum lang die Versammlung „Großer Gott“, nachdem das Lied verklungen war, fand der Katholikentag seinen Ausklang in feierlichen Oratorien für den Jubelstich.

Der französische Konsul im Saargebiet Werber für die Fremdenlegion.

Durch einen Unfall, und zwar dadurch, daß ein ins Garn eines französischen Werbers gesandener Deutscher aus dem Ruhrgebiet im letzten Augenblick sich seinem Schicksal durch die Flucht entzog, ist einwandfrei festgestellt worden, daß in der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ein Werberbüro für die Fremdenlegion eingerichtet ist. In dieser Tatsache schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, daß man nach Aufhebung des unheimlichen Dominis der Bewerber für die Fremdenlegion in dem Gebäude des ehemaligen deutschen Bezirkskommandos diesen Werberbüros und ihren Helfern anscheinend eine Unterkunft schaffen wollte, die sie vor einer neuen Entdeckung sichern sollte. Die Enttarnung der französischen Bergwerksdirektion als Schütz der Recht und Gesetz verlebenden Arbeiterbetätigt sei umso bedeutungsvoller, als es sich bei dem für die Fremdenlegion tätigen Beamten der Bergwerksdirektion um den seit Jahren fast allgemein bekannten Herrn Köhlin handelte, der in den Räumen dieses „reinen Wirtschaftsinstitutes“ im Dienste der annexionsfähigen Interessen Frankreichs seine unheilvolle Tätigkeit zum Schaden der saarländischen Bevölkerung ausübte. Köhlin sei — und das gebe dem Skandal internationale Bedeutung — der offizielle Vertreter des französi-

schen Auswärtigen Amtes in der Bergwerksdirektion, außerdem neben seiner amtlichen Eigenschaft als „Konsul“, Präsident der „Société des amis de la Saar“ und lehrerhaftiger Saarlandsbauhauptling. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ habe recht, wenn sie schreibt, daß es höchste Zeit sei, daß die Regierungskommission, nachdem nun schlagend bewiesen sei, daß unter dem Schutz und in den Räumen der Bergwerksdirektion offen für die Fremdenlegion geworben werde, sich auf ihre übernommenen Pflichten besinne.

Reise Sparfankrei!

Die Nachkriegszeit hat, besonders in den Gemeindeverwaltungen, zu einer starken Ausdehnung des Verwaltungsapparats geführt. Gewiß sind den Gemeinden als Folgen des Krieges zahlreiche neue Aufgaben erwachsen, aber die Aufwendungen, die gemacht werden, stehen doch vielfach in einem trüben Verhältnis zu diesen. Besonders ist das ausnehmend bei den ganz kleinen Gemeinden der Fall, die in der Hauptsache von den Renaufgaben am wenigsten getroffen werden, da diese ihnen für gewöhnlich der Kreis abnimmt. So ergab eine Nachprüfung der finanziellen Gebarung von 15 Gemeinden zwischen 500 und 3000 Einwohnern im Freistaat Sachsen folgendes Bild über den Beamtenapparat vor und nach dem Kriege: 1913 betrug die Zahl der Beamten 50, davon 5 nur nebenamtlich beschäftigt, sie bezogen ein Gehalt von 40 220 Mark. 1924 betrug die Zahl der Beamten 107, alle vollbeschäftigt. Sie bezogen ein Gehalt von 196 520 Mark. Während sich also die Zahl der Beamten verdoppelt hatte, hatte sich das Gehalt annähernd verdreifacht. Das sind Steigerungen, die sich in keiner Weise aus den geringen Mehraufgaben und der allgemeinen Geldentwertung erklären lassen. Sie stehen in einem schreienden Widerspruch zu der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage, die strenge Einschränkung verlangt. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die obengenannten Zahlen von 1924 heute bereits wieder überholt sind, daß teilweise der Etat der Gemeinden von 1925 eine Steigerung der Ausgaben gegenüber 1924 um 30 Prozent vorweist und für gewöhnlich nicht unter 50 Prozent beträgt. Wenn Deutschland wieder gesund sein soll, so wird bei den kleinsten Gliedern der öffentlichen Verwaltung, dort, wo die Auswüchse am greifbarsten und am leichtesten zu rebarrieren sind, eingegriffen werden müssen. Zahlen, wie oben genannt, sollten dazu eine eindringliche Mahnung sein.

Ausland.

Kriegswirtschaftliche Einfreisung Deutschlands durch Frankreich.

Man wird sich erinnern, welche einschlagende Rolle im Weltkrieg die österreichischen 35-Jenheimer-Wörter gespielt haben, die aus den Sudowerten in Wien hervorgegangen waren. Selbstverständlich hat der Feindbund die Leistungsfähigkeit dieser Werke nicht einen Augenblick angestreift gelassen. Der bekannte Großindustrielle Schneider-Cresnot in Frankreich, der sog. französische Krupp, hat seine gemaltige Kapitalkraft benutzt, um sich in der Verwaltung der Sudowerte die ausschlaggebende Stimme zu sichern. Natürlich ist er im Grunde nichts weiter als das vorgeschobene Werkzeug der französischen Regierung, die dadurch die Lücke noch mehr unter ihre Kontrolle bringen will. Nun hat Cresnot auch die große Automobilfirma Laurin und Klement in Jung-Bunzlau gekauft. Denklicher als durch solche Maßnahmen löst sich die von Frankreich betriebene kriegswirtschaftliche Einfreisung Deutschlands nicht auflösen.

Weltkirchenkonferenz für praktisches Christentum.

Dienstag nachmittag wurde die Behandlung der Frage „Die Kirche und die Beziehungen der Völker zu einander“ begonnen. Reichstagsminister Dr. Luther hatte im Rahmen dieses Gebietes ursprünglich über den nationalen und internationalen Charakter der Kirche sprechen wollen. Da er aus Erleidern verhindert war, ließ er eine Abhandlung über Religion und Weltanschauung verlesen. Die Ausführungen Dr. Luthers wurden mehrfach von starkem Beifall unterbrochen. — Über das Thema „Das Wirken der christlichen Kirchen im internationalen Leben“ sprach der Bischof von Bistfeld. Er wandte sich zunächst gegen diejenigen, welche der Kirche das Recht, zu den internationalen politischen Fragen Stellung zu nehmen, abzuschreiben wollen. Die politischen Aufgaben könnten nicht auf der Grundlage der Selbstsucht und des Willens zur Macht, sondern nur durch die göttlichen Prinzipien der Gerechtigkeit gelöst werden.

Nahkämpfe im Tschechien.

Paris, 26. Aug. In dem offiziellen Communiqué wird mitgeteilt, daß das 19. französische Armeekorps in der Gegend von Branes eine bedeutende Operation begonnen habe, die man aber nicht als eine Offensive ansprechen könne. Im Gebiet der Tschechien haben die Russen einen Angriff auf die französischen Stellungen unternommen. Dabei kam es zu handgranatenkämpfen. Die Russen wurden nach lebhaften Kämpfen unter ansehnlich schweren Verlusten zurückgeschlagen. Weiter östlich an der französischen Front wurde ein Angriff auf die französischen Stellungen durch die Tschechen ausgeführt. Auch dieser Angriff wurde zurückgeschlagen. General Willote ist getreten in aller Eile durch ein Sanitätsflugzeug nach Prag ins Hospital gebracht worden, weil der General von einer schweren Herzerkrankung befallen wurde.

Internationaler Sozialistenkongress.

Marzelle, 26. Aug. In seiner gestrigen Sitzung nahm der internationale Sozialistenkongress zum nächsten Tag eine Entscheidung an, in der die Arbeiter aller Länder aufgefordert werden, alle Anstrengungen zu machen, damit der nächsten Tag auch in der Praxis durchgeführt werde. In der Kommission des Kongresses entfallen jedoch zwischen der tschechoslowakischen Abordnung und der Abordnung der Deutschen aus der Tschechien ein Streit. Die deutsche Abordnung aus der Tschechien hatte Trachtke gestellt, in denen die Innenpolitik der Tschechien befragt

erkennend äußersten Täden ver...
angefand über...
rie, Wafete un...
die bei einigerm...
Es kommt viel...
vormittags 11 U...
ne derartige Ver...
ngemeinde oder...
die Zeit bis 12 U...
ng noch aufzula...
Vieranten in...
Der Gewerbevere...
in Verdienst er...
vorstellig und f...
müht sein würd...

August 1925.
ge.
den, Frem...
achricht, daß
und Vater,
und Onkel
rmeister,
unverwahrt

bliebenen:
geb. Böhm,
4 Uhr.

August 1925.
g.
Teilnahme,
a Mannes,
vaters und

rmeister,
en Dank.
erbliebenen:
Schanz.

nung
Ableben unse...
in Neuenbürg
tag nachm. 4 U...
rwaltung.
Oregonrifts

en

der
85...
96...
Aufschl...
lager versoh...
länger 2-jähr...
elbruch.
3.95, 4.80,
35, 1.65.
a Katalog über
ie Cassel.

Umsatz!



garter Verlesung...
Kinderlegen...
Gehlen...
In Weib...
3 Mark...
Bihmeyer...
geltend, sein...
Hofen angekom...
Bräutigam...
der junge Mann...
Kammer...
offnung und...
schöpfe, jene Ausg...
welche wie in...
waren die Gesam...
Karnenhausbau...
einem Vater erbt...
Bauern, aber ein...
Familie. Sein...
Bauern, hatte da...
wahrhaftig zu...
ette des Haus...
und nicht ganz...
stehenden Element...
ererbenden drei...
Mädchen trag man...
in Plage und...
te sie tre und...
Arme, konnte nun...
irren Geistes hielten...
Blick ausmachte...
hängenden Haaren...
während auf der...
kam, aber nicht...
blieb unerkannt...
und den Kammer...
Bedauern mit dem...
e Jahre und Mo...
sch ein anderes

der Weinlaube vor der Wirtschaft hatte liegen lassen. Der sofort von den Reisenden zurückbeorderte Chauffeur konnte aus der Hand des Wirtes den kostbaren Hund wieder in Empfang nehmen. Das junge Wirtsdöchterlein als Fiderin erhielt eine schöne Belohnung.

Handel und Verkehr.

Münch, 26. August. (Friedenmarkt.) Zutrieb: 277 Pferde. Preise: Schwere längere Pferde 1500-2000 Mark, mittlere 800-1700, für 1000-1400, b) ältere 300-600 Mark, Fohlen zweijährige 500-700, einjährige 300-450 Mark. Handel flau.

Hall, 26. Aug. (Frieden- und Fohlenmarkt.) Zutrieb 245 Stück, darunter 65 Fohlen. Preise für schöne Arbeitspferde 800-1700, für ältere 600 bis 1000, für 1-jährige Fohlen 400-550, für Saugfohlen 200-300 Mark pro Stück. Verkauf wurden 37 Pferde und 19 Fohlen. Handel lebhaft.

Wfingheim, 24. Aug. (Schlachthofmarkt.) Zutrieb: 47 Ochsen (darunter 29 aus Oesterreich), 13 Kühe, 18 Rinder, 11 Ferkel, 7 Kälber, 3 Schafe, 207 Schweine. Marktverlauf: langsam. Preise für ein Hund Lebendgewicht: Ochsen 1. und 2. Rinder 1. 60, Ochsen und Rinder 2. 54-56, Kühe 30-40, Kälber 90-92, Schweine 96-102.

Die Preise gelten für mästern gewogene Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab. Stroh für Kraft- und Verkaufsstroh, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

München, 27. August. Wie die Bayer. Staatszeitung erzählt, ist die Sanierung des Gel. Bergbau A.-G. Fichtelgold, die durch den Konkurs des Stuttgarter Bankhauses C. Wittmann & Co. in Schwerkriegszeiten geraten war, in der Welle beabsichtigt, daß das Werk zunächst von den Hauptgläubigern übernommen werden soll.

München, 27. August. Auf Anregung von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei teilt das Staatsministerium des Innern mit, daß mit Rücksicht auf die sehr kurzen in Kraft getretenen weiteren Bestimmungen im Reiseverkehr mit Deutsch-Oesterreich die Aufhebung des Eisenbahnüberwachungsdienstes in der bisherigen Form verfügt werde.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 26. Aug. Wie man hört, ist der vor kurzem auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Urach verhaftete Richter Johannes A. Becker wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dazu mag nicht zuletzt die ziemlich einseitige Beurteilung des richterlichen Vorgehens durch führende Persönlichkeiten beigetragen haben. Das, was bleibt, ist eine recht anständige Reklame für Becker, eine ziemlich heftige Schimpfung aber für den Oberreichsanwalt, der dieser sich hätte ersparen können.

Schweizer, 27. Aug. Der zum Schmelzer Bergwerksverein gehörige Stahlfabrik- und Hüttenbetrieb Schmelzer lachte beim Demolitionskommisssar um die Erlaubnis zur Betriebsstilllegung nach. Von der Stilllegung würden 400 Arbeiter betroffen werden.

Duisburg, 26. August. Heute nachmittags ist hier bei heftiger Zusammenkunft zwischen Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes einzelner und Deutschnationalen und Völkischen andererseits, wobei die Mitglieder des Frontkämpferbundes von Sammlungsstellen, Eisenbahnen und Sozialistischen Gebrauch machten. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Polizei schritt wiederholt ein und machte schließlich die Straße frei. Ein Mitglied des Frontkämpferbundes wurde festgenommen.

Bochum, 26. Aug. Oesteren fanden hier Besprechungen zwischen Vertretern des Bergarbeiterverbandes und der kommunalpolitisch-sozialistischen Union der Hand- und Kopfarbeiter statt, bei der völlige Übereinstimmung wegen des Uebertritts der Mitglieder der Union zum Bergarbeiterverband erzielt wurde. Der Uebertritt muß bis zum 1. September ds. Js. bei den einzelnen Verbandsstellen erfolgt sein.

Bochum, 26. Aug. Zwischen einer Abteilung des Bergvolkes der Duisburger Oesteren, die sich in Reckfingogen auf dem Wege nach Bochum befanden, und einigen Reichsbannerleuten kam es zu einem schweren Zusammenstoß. Mit Gummihäppeln, Schlagringen und Steinen mit Eisenkugeln wurden zehn Reichsbannerleute verletzt, davon einer so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Nur durch das Eingreifen der Polizei konnte weiteres Blutvergießen verhindert werden. Die Polizei stellte die Namen der an der Schlägerei Beteiligten fest.

Kenndörfer (Kreis Wörth), 27. August. Unter den Verwahrten der alten Kaserne ist eine Ruhr-Epidemie ausgebrochen. Mehrere Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ein Kind ist der Krankheit bereits erlegen. Die Strafe droht erstens Charakter anzunehmen. Die Polizei traf Vorkehrungen, um ein weiteres Umsichgreifen der Strafe nach Möglichkeit zu verhindern.

Hamborn, 26. Aug. Bei einem über Hamborn niedergelagerten Gewitter wurden zwei Männer und zwei Frauen, die mit Kartoffelackern beschäftigt waren, vom Blitz erschlagen. Das Gewitter richtete einen schweren Schaden auch an den Gebäuden an.

Berlin, 26. Aug. Die deutsche Antwort auf die franz. Sicherheitsnote wird heute abend nach Paris übermittelt werden. Der Wortlaut wird nach der Uebersage veröffentlicht.

Berlin, 26. Aug. Im Lohnstreit der mittel- und westfälischen Textilindustrie ist am 25. August im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch ergangen, der die gleichen Grundbühnen vorsieht wie bei in dieser Sache bereits am 16. Juli gefällte Schiedssprüche. Bezüglich der Arbeiterlöhne sind weitgehende Sätze vorgeschrieben. Als erstmaliger Kündigungstermin ist der 5. März 1926 in dem Schiedsspruch genannt. Die Parteien haben sich bis zum 29. August über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Berlin, 26. August. Die heutige außerordentliche Hauptversammlung des Beton- und Zementarbeiterverbandes für Deutschland stellte sich grundsätzlich auf den Boden der Generalstreikperrung. Das Präsidium des Verbandes ist ermächtigt, im Einvernehmen mit den beiden übrigen Bauarbeiterverbänden die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Reichsverband des deutschen Bauhandwerkes beschließt heute mit übermäßiger Mehrheit, die bei ihm beschäftigten gewerblichen Arbeiter mit Tageslohn des 2. September zur Unterstützung des Arbeitskampfes im Hochbau zu entlassen.

Berlin, 26. Aug. Die in einem Berliner Blatt als Gerücht verbreitete Meldung, in den drei beteiligten preussischen Ministerien des Innern, der Finanzen und der Landwirtschaft sei eine Entschelbung gefallen, daß die Insel Helgoland wegen der Feindesinfiltration geräumt werden müsse, und die geplante Reise des Ministers Severing nach Helgoland stehe damit in Zusammenhang, ist, wie der Amliche Preussische Pressedienst feststellt, tatsächlich nichtig, weil es ein halbfalsches Gerücht.

Wien, 26. August. Der Arbeiter Franz Masuch, der am 4. November 1924 den Reviermeister Bohl-Hofmann ermordet hatte, ist heute früh durch den Schöffengericht Oesterl-Magdeburg hingerichtet worden.

Stettin, 26. Aug. Auf dem Rittergut Köst (Gefolge von Mollow) brannte in der Nacht zum Mittwoch ein großer Kuhstall und eine Scheune nieder. 96 Rinder und 10 Schweine, sowie die Gerkentente von 300 Morgen Land wurden ein Raub der Flammen.

Jansbruch, 27. Aug. In den Siedlöcher Dolomiten wurden einige Eishöhlen entdeckt. Die Forscher deozogen bisher sechs Höhlen in den Berg ein und entdeckten zwei Eisdome und unterirdische Seen von 100 Meter Durchmesser. Die in phosphoreszierendem Licht leuchtende Höhle dürfte früher auch Menschen zum Aufenthalt gedient haben, worauf verschiedene Funde schließen lassen. Die Forschungen werden fortgesetzt.

Wien, 26. Aug. Der frühere österreichische Feldmarschall Graf Conrad von Hörsing ist gestern abend im 70. Lebensjahr in Bad Reichenheim verstorben. — Sämtliche Berliner Zeitungen widmen dem verstorbenen Feldmarschall von Hörsing eine eingehende Nachruf, in denen sie ihn als einen der bedeutendsten Führer feiern.

Budapest, 26. August. Das geistige Unwetter in Szabadka forderte mehrere Menschenleben. Der Turm der reformierten Kirche stürzte ein und begrub einen Mann unter seinen Trümmern. Ein anderer Mann wurde durch einen fallenden Baumstamm und ein dritter von einem einströmenden Dachstuhl erschlagen. Die Rabinen des Bades Pallos wurden durch den Sturm fast gänzlich zerstört und in den Fluß getrieben. Unter den Stämmen entzündete eine Bank. Pola, 26. August. Acht in einer Höhle in den Julischen Alpen eingeschlossene Touristen wurden gerettet.

Der Wortlaut der französischen Antwortnote.

Berlin, 26. Aug. Die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage, die das Datum des 24. August trägt, hat folgenden Wortlaut: In dem die französische Regierung von der deutschen Note vom 20. Juli 1925 Kenntnis nimmt, stellt sie gerne die Uebereinstimmung der Anschauungen zwischen den beiden Regierungen fest, die in gleicher Weise besteht ist, den Frieden Europas auf eine Verständigung gestützt zu sehen, die den Völkern ergänzende Sicherheitsgarantien verschafft. Die französische Regierung steht mit Vergnügen, daß die deutsche Regierung nach aufrichtiger Prüfung der französischen Note vom 16. Juni ihrer Uebereinstimmung Ausdruck gibt, daß eine Einigung möglich ist. In dem Wünsche, die Stunde der Einigung nicht hinauszuverschieben, wird sich die französische Regierung auf die Darlegung derjenigen Bemerkungen beschränken, zu denen sie in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten durch die Prüfung der drei wesentlichen Punkte der deutschen Note veranlaßt wird. Da diese Note sich zu gewissen in der französischen Antwort vom 16. Juni angeführten Fragen nicht äußert, will sie an sich nicht zu erkennen geben, daß die deutsche Regierung infolge ihrer grundsätzlichen Bedenken nicht, und sich nur die Erörterung von Einzelpunkten vorbehält.

Abchnitt 1. Mit Verriedigung hat die französische Regierung festgestellt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, den Abschluß eines Sicherheitspactes von einer Veränderung der Bestimmungen des Friedensvertrages abhängig zu machen; jedoch lenkt die deutsche Regierung zweimal die Aufmerksamkeit darauf, daß die Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Vereinbarung neuer Verhältnissen anzupassen, wobei sie auch auf gewisse Bestimmungen der Völkerbund-Verfassung hinweist, ebenso stellt sie den Gedanken einer Veränderung des Status-Regimes in den Rheinländern in Anregung. Frankreich ist sich bei seiner Haltung von der internationalen Verpflichtungen der Vertragsbestimmungen, auf welche die deutsche Note anspielt, durchaus bewußt und hat nicht die Absicht, sich irgend einer Bestimmung der Völkerbund-Verfassung zu entziehen. Es erinnert aber daran, daß die Säkung in erster Linie auf der gewissenhaften Achtung vor den Verträgen beruht, die die Grundzüge des öffentlichen Rechts Europas bilden und daß sie für den Eintritt eines Staates in den Völkerbund die aufrichtige Absicht der Innehaltung seiner internationalen Verpflichtungen zur ersten Bedingung macht. In Uebereinstimmung mit ihren Alliierten ist die französische Regierung der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag, noch die Rechte, die nach diesem Vertrag Deutschland und den Alliierten zustehen, beeinträchtigt werden dürfen. Ebensowenig will der Vertrag durch die Garantien für seine Durchführung oder die Bestimmungen, welche die Anwendung dieser Garantien regeln und in gewissen Fällen ihre Erleichterung vorsehen, durch die in Aussicht genommenen Abmachungen geändert werden. Wenn die Note vom 16. Juni hervorgehoben hat, daß der Sicherheitspact weder die Bestimmungen des Vertrages über die Befestigung des linken Rheinufers, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinland-Abkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf, so befragt das, daß Frankreich, so sehr es auch bereit ist, die schwebenden Verhandlungen in liberaler Geist und mit friedlichen Absichten fortzusetzen, nicht auf seine Rechte verzichten kann. Im übrigen wiederholt Frankreich zu seinem Teile die bereits von den Alliierten abgegebene Erklärung, daß sie die Absicht haben, sich gewissenhaft an ihre Verpflichtungen zu halten.

Abchnitt 2. Die Alliierten sind nach wie vor überzeugt, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbund für Deutschland, nachdem es seinen Eintritt vollzogen hat, das sicherste Mittel sein würde, um seine Wünsche zur Geltung zu bringen, wie dies andere Staaten ihrerseits getan haben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die einzige dauerhafte Grundlage einer gegenseitigen Garantie und eines europäischen Abkommens. In der Tat kann ein Staat Vorbehalte nicht von außen her wirksam zur Geltung bringen, da sie hierdurch den Charakter von Bedingungen annehmen würden. Erst innerhalb des Bundes kann er seine Wünsche dem Rate unterbreiten, indem er von dem Rechte Gebrauch macht, das allen dem Bunde angehörenden Staaten zusteht. Aus diesem Grunde haben wir mit Bedauern die Vorbehalte der deutschen Note gelesen, wonach die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nach der Klärung bedürfte, da das Schreiben des Völkerbundrates vom 13. März 1925 nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Bedenken nicht ausgeräumt hat. Die französische Regierung ist nicht berechtigt, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Der Rat, der mit den von Deutschland vorgebrachten Vorbehalten befaßt worden ist, hat der deutschen Regierung seine Entscheidung mitgeteilt, die sich auf den Grundlag der Gleichheit der Nationen stützt, einem Grundlag, der für keine von ihnen eine Ausnahme oder ein Vorrecht zuläßt. Die alliierten Regierungen können sich, was sie angeht, nur auf ihre früheren Erklärungen beziehen und nur wiederholen, daß nach ihrer Auffassung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach Abgabe des allgemeinen Rechtes die Grundlage für jede Verständigung über die Sicherheit bleibt. Es ist gerade das Fehlen dieser Sicherheit, das bis jetzt die allgemeine Abweisung verhindert hat, die in der Völkerbund-Verfassung vorgesehen ist und auf die die deutsche Note anspielt.

Abchnitt 3. Die deutsche Regierung hat hinsichtlich der Art und der Tragweite der Schiedsverträge, die zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien als Signatarmächten des Rheinpactes, sowie den anderen Deutschland benachbarten Signatarmächten des Versailler Vertrages andererseits, abzuschließen sein würden, Vorbehalte gemacht, die den obligatorischen Charakter dieser Schiedsverträge nach dem Muster der von Deutschland bereits mit einigen seiner Nachbarn abgeschlossenen Schiedsverträge einschränken würden. Diese letzteren Verträge sehen in allen Fällen die Anrufung einer ständigen Vergleichskommission vor, oder die schiedsgerichtliche Regelung im eigentlichen Sinne erstreckt sich, wenn sie auch auf die meisten Fälle Anwendung findet, nicht auf die wichtigsten Fälle, nämlich die politischen Fälle, also gerade diejenigen, die zum Kriege führen könnten. Dadurch würden die im deutschen Memorandum vom 9. Februar 1925 im Auge gefassten Bestimmungen, die den Abschluß von Schiedsverträgen zur Sicherstellung einer friedlichen Lösung der politischen, sowie der rechtlichen Konflikte ins Auge faßten, in bedenklicher Weise eingeschränkt werden. Nach Ansicht der Alliierten wäre ein auf diese Weise eingeschränkter Schiedsvertrag, der sich nicht auf alle Streitigkeiten zwischen den einander benachbarten Ländern erstreckt, als Friedensgarantie ohne hinreichenden Wert, da er für Kriegsgefahren Raum lassen würde. Was wir vor allem wollen, ist das, daß unter den in der Note vom 16. Juni angegebenen Voraussetzungen jede neue Anwendung von Gewalt durch eine für alle Fälle obligatorische friedliche Regelung unmöglich gemacht wird. Der Grundgedanke eines dauerhaften Schieds-

gerichts-obligatoriums ist nach unserer Ansicht die unerläßliche Bedingung für einen Pakt, wie ihn die deutsche Regierung in ihrer Note vom 8. Februar vorge schlagen hat. Die von der deutschen Regierung hinsichtlich der Garantierung eines Schiedsvertrages hervorgehobenen Befürchtungen können einer objektiven Prüfung nicht standhalten. Nach dem in Aussicht genommenen System entscheidet der Garant nicht frei und einseitig darüber, wer der Angreifer ist. Der Angreifer bezieht sich selbst durch die bloße Tatsache, daß er, anstatt sich auf eine friedliche Lösung einzulassen, zu den Waffen greift, oder eine Verletzung der Grenzen, oder am Rhein der entmilitarisierten Zonen begeht. Es liegt auf der Hand, daß der Garant, der das größte Interesse daran hat, derartige Verletzungen von der einen wie von der anderen Seite zu verhindern, beim ersten Anzeichen einer Gefahr nicht unterlassen wird, zu diesem Zweck seinen ganzen Einfluß geltend zu machen. Im übrigen wird es nur von den einander benachbarten Nationen selbst abhängen, daß dieses Garantiesystem, das zu ihrem gegenseitigen Schutz geschaffen wird, nicht zu ihrem Nachteil in Funktion tritt. Was das System der Garantierung eines Schiedsvertrages anlangt, so geht es unmittelbar von einem Gedanken aus, der von der Völkerbundversammlung auf ihrer letzten Tagung in Genf als mit dem Geist der Säkung übereinstimmend anerkannt worden ist. Es erscheint nicht unmöglich, Bestimmungen zu formulieren, die das Funktionieren der Garantie (gleichviel wer der Garant ist und gleichviel, ob sich die Garantie auf die Grenze oder auf die Schiedsprechung bezieht) der Art der Verletzung, den Umständen des Falles und dem durch die unmittelbare Anwendung der Garantie erforderlichen Grade der Schnelligkeit anpassen. In diesem Sinne könnte man unterziehen, ob es nicht möglich wäre, Mittel und Wege in Aussicht zu nehmen, um die Unparteilichkeit der Entscheidungen sicherzustellen, ohne der Unmittelbarkeit und Wirksamkeit der Garantie zu schaden. Zusammenfassend kann die französische Regierung gegenüber den drei wesentlichen Punkten der deutschen Note vom 20. Juli 1925 in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten und ohne sich der rechtmäßigen Anwendung irgend einer Bestimmung der Völkerbund-Verfassung entziehen zu wollen, nur ihre vorstehenden Bemerkungen über die Notwendigkeit einer gewissenhaften Achtung vor den Verträgen bekräftigen. Sie ist nicht berechtigt zur Erörterung der Fragen, die sich auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund beziehen und über die sich der Völkerbund ausgesprochen hat. Endlich gibt sie sich der Hoffnung hin, daß die in Aussicht genommenen Garantien in Formen gebracht werden können, die gerecht und vernünftig sind und zugleich mißbräuchliche und ungerechtfertigte Auslegungen und Anwendungen ausschließen. Die französische Regierung ist sich in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten der Schwierigkeiten und der Verzögerungen bewußt, die die Fortsetzung einer Verhandlung über so delikate Fragen auf dem Wege des Notenwechsels mit sich bringt. Aus diesem Grunde bekräftigt sie sich unter Hinweis auf ihre Note vom 16. Juni auf diese allgemeinen Bemerkungen, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen. Nach diesen in Aufrichtigkeit dargelegten vorbereitenden Ausführungen, die zur Vermeidung jeden Mißverständnisses bestimmt sind, ladet die französische Regierung in Uebereinstimmung mit den Alliierten die deutsche Regierung ein, auf diesen Grundlag in eine Verhandlung einzutreten mit dem Willen, zu einem Vertrag zu gelangen, dessen Abschluß Frankreich zu seinem Teile lebhaft wünscht.

Die Auffassung in Berlin über die Note.

Berlin, 26. Aug. Ueber die Auffassung maßgebender deutscher Stellen zur heute veröffentlichten französischen Antwortnote erzählt die Telegraph-Union folgendes: Die am Schluß der Note vertretene Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Notenwechsel fortzusetzen, wird auch von der deutschen Regierung geteilt. Sie wird deshalb vorläufig davon absehen, den in der deutschen Note vom 20. Juli dargelegten Standpunkt noch weiter zu erläutern. Die deutsche Note vom 20. Juli hatte sich bekanntlich darauf beschränkt, zu einigen grundsätzlichen Fragen ausführliche Stellung zu nehmen, sich aber die Stellungnahme zu den einzelnen Fragen vorbehalten. Die in der französischen Note zum Ausdruck kommende Auffassung, als wenn die deutsche Note vom 20. Juli alle grundsätzlichen Fragen bereits erschöpfend behandelt hätte, ist somit in dieser Form nicht zutreffend, denn auch bei den noch nicht erörterten Einzelfragen handelt es sich zum Teil um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung und nicht um Nebenfragen. Es erübrigt sich aber, bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge, den ganzen Komplex der verhandelten Fragen noch einmal aufzuzahlen, zumal für einen wesentlichen Teil der zu behandelnden Fragen die endgültige Stellungnahme der alliierten Regierungen noch nicht bekannt ist. Es handelt sich hierbei um Form und Art des abzuschließenden Sicherheitspactes im Westen. Das deutsche Memorandum hat für diesen im Westen abzuschließenden Sicherheitspact nicht etwa eine bestimmte Lösung vorgeschlagen, sondern hat verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur Erwägung gestellt. Die französische Antwort vom 16. Juni hat zwar die deutschen Vorschläge wiederholt, ohne aber erkennen zu lassen, welche der vorgetragenen Lösungsmöglichkeiten bei den Alliierten selbst als ihrer Ansicht entsprechend in Betracht kommen. Damit hängt die von alliiert Seite der deutschen Regierung übermittelte Anregung zusammen, einen deutschen Rechtsverhandlungen zu informatorischen Besprechungen zu entscheiden, in denen insbesondere die Anschauungen der Alliierten in dieser Frage darzulegen wären. Man hat früher von dem Gedanken einer juristischen Konferenz gesprochen. Diese Anregung müßte nach ihren ersten Erörterungen in der Presse so ausgelegt werden, als ob sie dazu bestimmt sei, einen förmlichen Vertragsentwurf auszuarbeiten. Einem solchen Gedanken hätte die deutsche Regierung nicht zustimmen können, denn die Fortsetzung eines Vertragsentwurfes berührt alle hierfür in Betracht kommenden politischen Fragen und könnte ohne die entscheidende Mitwirkung der die politische Verantwortung tragenden Instanzen nicht beraten werden. Dagegen hat die deutsche Regierung keinen Anlaß, eine Einladung abzulehnen, die sich darauf bezieht, sich über die Einzelheiten des Vertragswerkes zu informieren, (von um für etwaige weitere mündliche Verhandlungen die Möglichkeit zu haben, diese Informationen als Grundlage für ihre eigene Stellungnahme zu verwerten.

Jahreszahlungen Frankreich von 12 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Paris, 26. Aug. Auf Grundlage einer Jahreszahlung Frankreichs von 12 1/2 Millionen Pfund Sterling wurde heute abend in London eine Verhandlungsbasis gefunden. Es hängt nur von dem französischen Kabinett ab, ob der provisorisch getroffenen Abmachung die Zustimmung gegeben wird, damit das Abkommen unterzeichnet werden kann. Während des jetzigen Aufenthalts Callaux in London wird dies nicht mehr der Fall sein. Man neigt zu der Vermutung, daß das Abkommen noch dieser Tage zu Stande kommen werde und daß man die beinahe vor dem Abbruch gestandenen Verhandlungen doch noch zu Ende führen könnte. Das ist auf die heutige Besprechung zwischen Callaux und Chamberlain zurückzuführen. Nicht der Schatzkanzler Churchill war es, der das Kompromiß ermöglichte, sondern der Staatssekretär für Aeuheres, Chamberlain. Nach der Verhandlung erklärte er, er habe sich für die Abmachung entschieden.

Bericht, und dieser stimmte zu, daß Callong ein Angebot auf eine Jahreszahlung von 12 1/2 Pfund gemacht werde.

Anerkennung für die deutsche Delegation auf der Weltfriedens-Konferenz.

Stockholm, 27. Aug. Die Weltfriedenskonferenz schloß gestern unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Winchester ihre Beratungen fort und behandelte als ersten Gegenstand das Thema „Weltband zur Förderung des internationalen Verständnisses durch die Kirchen“. Nach der Aussprache über dieses Thema und nach Beratung über die Frage „Kirche und internationale Beziehungen“ sagte der Vorsitzende in seinen Schlussworten den deutschen Delegierten besonderen Dank, weil sie durch ihre tiefgründigen, wahrheitsliebenden Ausführungen eine oberflächliche und nur optimistische Behandlung der überaus schwierigen Fragen verhindert habe. Der Bischof richtete an die deutschen und amerikanischen Vertreter die eindringliche Bitte, dem Gedanken des Völkerverbundes ihre Sympathie zu schenken, da hier der Boden für eine praktische Wirksamkeit wahrer Internationalität liege.

Umgruppierung in Syrien.

Aus Jerusalem wird gemeldet: Wie aus arabischer Quelle berichtet wird, haben die Franzosen das ganze Syriengebiet geräumt, um ihre Kräfte nahe bei Damaskus zu konzentrieren. Diese Vorkehrungsmaßnahmen der Franzosen sind offenbar darauf

zurückzuführen, daß sie eine Ausbreitung des Aufstandes der syrischen Stämme befürchten. Die französischen Verbündeten erreichen bisher 12000 Mann. Aus Haïro wird gemeldet, daß die Aufstandsbewegung in Surien sich von Tag zu Tag ausbreitet. Heute heißt es, daß in der Gegend von Deir es Jor ein neuer Aufstand erfolgt ist, der die Gefangenahme der dortigen französischen Garnison zur Folge hatte.

Verhaftungen wegen Waffenschmuggels in Schanghai.

Schanghai, 26. Aug. Nach einer Neuermeldung sind ein Engländer, ein Franzose, ein Amerikaner und ein Chinese, der, wie es heißt, Sekretär bei einem chinesischen General ist, von der Polizei wegen angeblichem Waffenschmuggel verhaftet worden. Die Waffen bestehen aus 5 Gewehren, sowie Pistolen und ungefähr 20000 Patronenstreifen, welche beschlagnahmt wurden. Weiter seien etwa 40000 Dollar in Banknoten, die der Chinese bezahlen wollte, mit Besatzung belegt worden. Es händen noch weitere Verhaftungen bevor.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingekandt übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.)

Auf das Eingekandt vom 24. Aug. Das Volkamt hat bereits von sich aus, ohne daß es eines Appells an den „einigermaßen guten Willen der maßgebenden Stelle“ bedürfte, bei der

Oberpostdirektion beantragt, zur rascheren Abwicklung des ersten Zustellgangs das Postpersonal um einen Dienstposten zu vermehren und Bestags vormittags einen Paketzustellgang in die innere Stadt einzuführen, dem auch die Zustellung der Post- und Zahlungsanweisungen, sowie die Einziehung der Postanträge und Nachnahmen zu übertragen wäre. Diefurch tritt eine wesentliche Entlastung und Beschleunigung des Zustellganges ein. In der Begründung dieses Antrags wurde hauptsächlich betont, daß infolge der wäten Ankunft des ersten Postzuges (7.41 v.m.) der erste Zustellgang sich bis in die Mittagsstunden hinein ausdehne, wodurch die Belange der hiesigen Geschäftswelt nicht genügend gewahrt seien. Ferner wurde beantragt, mit Rücksicht auf die mangelhafte Postverbindung im Postverkehr (namentlich in der Richtung aus Stuttgart) am Samstag Nachmittag einen zweiten Paketzustellgang auszuführen. Beide Anträge sind von der Oberpostdirektion bereits genehmigt worden und treten, um den zur Urlaubsabwicklung eingestellten Postbeisler beim Volkamt weiterverwenden zu können, nach Abwicklung der diesjährigen Urlaube des Zustellpersonals in Kraft. Erwähnt sei noch, daß der Postzug 1 Uhr 36 Nachmittags, sowie es Briefsendungen und Zeitungen (einschl. Einschreibbriefe) betrifft, noch verlos zur Bestellung gelangt. Es trifft dann vor dem Zug 6 Uhr 19 am anderen Vormittag, dessen Post für Neuenbürg unbedeutend ist, keine Post mehr für hier ein. Postamt.

Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

E. Lederer & Cie.

Westliche 2

Pforzheim

Marktplatz

Nur beste Qualitäten bei billigsten Preisen!

Ackerbauschulen.

Am 4. Januar 1926 werden Jöglinge in die Ackerbauschulen Kirchberg, O.H. Sulz, Ellwangen a. J. und Ochsenhausen, O.H. Wiberach und am 15. Februar 1926 in die Ackerbauschule Hohenheim aufgenommen.

Aufnahmegeheuche sind bis 15. September d. J. bei den Vorständen dieser Schulen einzureichen. Aufnahmebedingungen (St.-Anz. Nr. 193) sind bei den Schultheißenämtern zu erfahren.

Neuenbürg, den 24. August 1925.

Oberamt.
Lempp.

Turn-Verein Neuenbürg.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem Ableben unseres Mitglieds Herrn Paul König getrennt in Kenntnis. Beerdigung Freitag nachm. 4 Uhr. Sammlung 1/4 Uhr im Lokal („Eintracht“).

Der Vorstand.

Musik-Verein Neuenbürg.

An dem Trauerbegehngnis des Herrn Paul König, Zimmermeisters hier, am Freitag nachmittags nimmt eine Abteilung der Kapelle teil und bittet um zahlreiche Beteiligung die Vorstandschaft.

Sänger-Vereinigung „Freundschaft“ Neuenbürg.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem Ableben unseres Mitglieds Herrn Paul König, Zimmermeister, getrennt in Kenntnis. Beerdigung: Freitag nachm. 4 Uhr. Sammlung 1/4 Uhr im Lokal z. „Grünen Baum“.

Die Vereinsleitung.

3000 Mark

gegen sehr gute Sicherheit, auch in kleineren Beträgen, aufzunehmen gesucht. Angebote an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Oberhausen.

Wolfshund

fehlt billig dem Verkauf aus W. Weiffen.

Wirt. Forstamt Wildbad. Steinschlag-Akkord.

Am Donnerstag, 3. September 1925, vorm. 11 Uhr, wird auf der Forstamtskanzlei das Kleinschlagen von 66 ehm Kleinschlagsteinen, die auf die Schotterlagerplätze des Reicherts- und Jägerweges aufgeführt sind, im öffentlichen Abtrieb vergeben.

Neuenbürg.

Zwei unmobilierte Zimmer

hat sofort zu vermieten. Zu erfragen in der „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Tannenes

Schlafzimmer

mit Splegelschrank und Marmor-Garatur, wenig gebraucht, wegen Umzug zu verkaufen.

Alß, Engelsbrand.

Birkenfeld. Lastkraftwagen

Wir empfehlen unseren (Ladegewicht 100 Ztr.) für Rahmen jeder Art.

Gebr. Kewel, Telefon-Amt Pforzheim Nr. 64. Einige 14 bis 16 jährige, in Stenographie und Schreibmaschine gut vorgebildete

Fräulein

suchen entsprechende Stellung. Privat-Handelslehr.-Hilfsst. Pforzheim, Leopoldstraße/Dahmer-Platz 1.

Gaswerk Wildbad.

Das beste und billigste Brennmaterial ist immer der

Gaskoks

für den Hausbrand und Zentralheizungen. Beste Qualität ab Gaswerk den Zentner zu 1.50 Mk. Jetzt ist die beste Zeit zum Eindecken für den Winter. Abgabe in jeder Menge.

Turn-Verein Dennach.

25jähriges Jubiläum verbunden mit Wettkämpfen am Sonntag, 30. August 1925.

Hierzu werden alle Turner und Turnfreunde, die mit Nachbarvereine und die Einwohnerschaft von hier und Umgebung herzlich eingeladen.

Fest-Ordnung:

- Samsiag, den 29. August:**
 - Ab 6 Uhr: Empfang der auswärtigen Festgäste.
 - Abends 8 Uhr: Festbankett im Gemeindeaal.
- Sonntag, den 30. August:**
 - Vorm. 1/6 Uhr: Tagwache.
 - 7 Uhr: Kampfschicht-Sigung im „Pflug“.
 - 1/8 Uhr: Beginn der Wettkämpfe.
 - Mittags 1/12 Uhr: Mittagessen in den Gasthöfen.
 - Nachm. 1 Uhr: Aufstellung des Festzugs beim Schulhaus. Nach Eintreffen des Festzugs auf dem Festplatz: Begrüßung, Schülerturnen, Mannschafts-Stafettenlauf, Meisterschaftsspiele im Faustball.
 - Abends 6 Uhr: Preisverteilung.
 - Abends 8 Uhr: Festball.
- Montag, den 31. August:**
 - Nachm. 1.30 Uhr: Festzug zum Kinderfest.

Schwann, 27. August 1925. Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir mit, daß heute nacht mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Pflegevater

Friedrich Aldinger, Alt-Hirschwirt,

im Alter von 61 Jahren nach langem, schweren Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

- Emilie Aldinger, geb. Münchinger.
- E. Aldinger mit Frau.
- Eugen Aldinger mit Frau.
- Otto Daur mit Frau, geb. Aldinger, Hengstberg.
- Ottillie Würtle.

Beerdigung: Samstag nachmittags 3 Uhr.

Dobel, den 26. August 1925. Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche ich bei dem Hinscheiden meiner lieben, unvergesslichen Frau, unserer guten Schwester, Schwägerin und Tante

Berta Maulbetich

erfahren durfte, spreche ich meinen innigsten Dank aus. Insbesondere danke ich all denen, die sie während ihrer langen Krankheit erkrant und erquickt haben und ihr das letzte Geleite gaben.

In tiefer Trauer:
Der Gatte: Gottfried Maulbetich, Schuhmacher.

Für Kinder

ist die beste Seife
Rechenpferd Buttermilch-Seife

Wer verkaufen will, muß inserieren.

Schwäbischer Merkur

erscheint ab 1. Januar mit
Abend- und Morgenblatt

wieder zweimal täglich!

Total-Ausverkauf!

Nur noch 2-3 Wochen Nur noch 2-3 Wochen
gebe ich jedem Gelegenheit, sich noch gute und billige Schuhe zu beschaffen. Wegen vollständiger Aufgabe und Räumung des Geschäfts verkaufe ich sämtliche Schuhe im Einkaufspreis:

- Arbeiter-Stiefel von M 9.80 an
- Damen-Rindleder-Stiefel von M 7.50 an
- Knaben-Stiefel f. Sonntag, 36-39 M 8.50
- Knaben-Stiefel, Rindleder M 9.80

sowie
Damen-Stiefel, Damen-Halbschuhe, warme Hausschuhe mit Leder besetzt.

Schuhhaus Brosnick, Neuenbürg,
Inb.: D. Sosonsky. — Alte Pforzheimer Straße.